Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 29.02.2024

Dezernat: II / Fachdienst Soziales
Bearbeiter/in: Frau Diessner
Telefon: 545 - 2341

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01126/2024

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Hauptausschuss
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales
Ausschuss für Finanzen
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Gewährung einer Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle in Schwerin für 2024

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln (Beschluss zum Nachtragshaushalt 2024) die Gewährung einer Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatung der Volkssolidarität, Kreisverband Südwestmecklenburg e.V., in Höhe von 274.189,13 Euro für das Förderjahr 2024.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Zuwendungsbescheid auszufertigen und die Mittel auszureichen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltssperre der Landeshauptstadt Schwerin erfolgt zunächst eine Auszahlung für die ersten beiden Quartale zur Aufrechterhaltung des Angebotes.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Für das im Betreff genannte Beratungsangebot werden seit Jahren kommunale Förderungen gewährt.

Mit diesem Beschluss sollen im Einklang mit den Ermächtigungen im Doppelhaushalt 2023/2024 Zuwendungen für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität über 274.189,13 Euro für das Förderjahr 2024 gewährt werden.

Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des Kreisverbandes der Volkssolidarität ist vom Landesamt für Gesundheit und Soziales als geeignete Stelle im Sinne des § 305 Abs. 1 Insolvenzordnung anerkannt.

Sie sichert mit insgesamt sieben Beschäftigten (im Umfang von 3,8 VzÄ für Beratung zzgl. 0,95 VzÄ für Verwaltung) im Jahr 2024 das spezifische Beratungsangebot für überschuldete Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt Schwerin gem. 8 Abs. 2 WofTG M-V

(Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetz M-V). Für 2024 erfolgt durch das Land eine Zuweisung in Höhe von insgesamt 364.010,00 Euro für die Kofinanzierung der Angebote an sozialer und Gesundheitsberatung an die Landeshauptstadt Schwerin. Damit ist die Zuwendung an die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle zur Hälfte aus Erträgen der Landeszuweisung nach WofTG M-V finanziert.

Die Prüfung des Fördermittelantrags ist erfolgt.

Der zu gewährende Förderbetrag für den Kreisverband e.V. der Volkssolidarität liegt über der Wertgrenze von 50.000 Euro (§ 5 Abs. 3 Nr. 3 d der Hauptsatzung). Damit trifft die Stadtvertretung die Entscheidung über die Gewährung dieser Zuwendung.

2. Notwendigkeit

Zur Aufrechterhaltung und Sicherung des Beratungsangebots ist die Gewährung von kommunalen Zuwendungen in Höhe von 274.189,13 Euro für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität erforderlich.

Zur Fortsetzung und Absicherung der oben beschriebenen Aufgaben ist der Träger auf die Auszahlung der Fördermittel angewiesen.

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen

Lebensverhältnisse von Familien: weitere Vorhaltung eines adäquaten Beratungsangebotes in der Landeshauptstadt Schwerin

Wirtschafts- / Arbeitsmarkt:

Klima / Umwelt:

Gesundheit:

5. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen), die Förderung erfolgt im Rahmen der im Haushaltsplan ausgewiesenen Ermächtigung

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe:

ja

nein, der Beschlussgegenstand ist allerdings aus folgenden Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse:

Zur Erfüllung der freiwilligen Aufgabe wird folgende Deckung herangezogen:

b) Sind über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen erforderlich?

ja, die Deckung erfolgt aus:

nein.

c) Bei investiven Maßnahmen:

Ist die Maßnahme im Haushalt veranschlagt?

ja, *Maßnahmenbezeichnung (Maßnahmennummer)*

nein, der Nachweis der Veranschlagungsreife und eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei.

d) Drittmitteldarstellung:

Fördermittel in Höhe von Euro sind beantragt/ bewilligt. Die Beantragung folgender Drittmittel ist beabsichtigt:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung des aktuellen Haushaltes: ./.

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung künftiger Haushalte:

./.

Anlagen:

keine

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister